

und Konsumgewohnheiten und auch die Wirkungen neuer wirtschaftspolitischer Zielrichtungen, auf der Ausführseite die analogen Veränderungen, die in den Wirtschaften der österreichischen Absatzländer vor sich gegangen sind, die Prozentanteile verschoben*).

Die Veränderungen, die in der österreichischen Viehzucht vor sich gegangen sind, werden von den Anteilsreihen für Rinder und Schweine und Futtermittel klar veranschaulicht. Der Prozentanteil des Einfuhrwertes für Rinder ist von 3·73 im Jahre 1923 auf 0·90 im Jahre 1936 gefallen. Die Ursache hierfür sind die Absperrungsmaßnahmen der österreichischen Landwirte gegen die billigen Rinderimporte. Die dadurch ermöglichte Hochhaltung der Rinderpreise drängte die Nachfrage zum Schweinefleisch ab. Diese Ursache und das allgemeine Steigen des Konsums seit 1923 erhöhten den Anteil des Einfuhrwertes der Schweine an der Gesamteinfuhr von 1·80 % im Jahre 1923 auf 7·01 % im Jahre 1932. Seit dieser Zeit kommen auch hier Einfuhrerschwerungen in Anwendung, die nur deshalb keinen stärkeren Rückgang (von 7·01 % im Jahre 1932 auf 6·49 % im Jahre 1936) verursachten, weil Schweine ein wichtiges handelspolitisches Kompensationsobjekt (gegen österreichische Industrieartikel in der Ausfuhr nach Polen und Jugoslawien) bilden. Die steigende Bedeutung der Schweinezucht wie der Viehzucht überhaupt ersieht man aus der Zunahme des Anteiles der Futtermittel von 0·35 % im Jahre 1923 auf 2·06 % im Jahre 1936. Ein anderes Gebiet, auf dem bedeutungsvolle Umschichtungen stattgefunden haben, ist das der Textilindustrie. Die Anteile der Rohstoffe für die Textilindustrie, also von Wolle und Baumwolle, sind entsprechend der wachsenden Ausdehnung der österreichischen Textilfabrikation seit dem Kriege sehr stark gestiegen: Wolle von 2·73 % auf 4·62 %, Baumwolle von 3·96 % auf 5·66 %. Der Aufbau einer eigenen Textilindustrie führte naturgemäß zur Einschränkung der Einfuhr fertiger Textilwaren; so sanken die Anteile bei Baumwollwaren von 9·11 % auf 2·01 %, bei Wollwaren von 5·31 % auf 1·50 %, bei Seidenwaren von 3·32 % auf 2·06 %. Umgekehrt stiegen die Prozentanteile des Ausfuhrwertes der Textilhalbfabrikate, während der Ausfuhranteil der fertigen Textilwaren wegen der wachsenden Abschließung der anderen

Länder sank. Die veredelnde Tätigkeit der österreichischen Textilexportwirtschaft bricht beim Garn ab, die Weiterverarbeitung zur fertigen Ware erfolgt in zunehmendem Maße in den Garnabsatzländern selbst; so sank z. B. der Ausfuhranteil der Baumwollwaren von 7·83 % im Jahre 1923 auf 3·03 % im Jahre 1936, der Anteil der Seidenwaren von 2·85 % auf 1·97 %, der Ausfuhranteil der Baumwollgarne dagegen stieg von 4·71 % auf 5·11 %. Die zunehmende Bedeutung, die dem Holz in der österreichischen Ausfuhr zukommt, bringt das Steigen des Ausfuhranteiles von 5·76 % im Jahre 1923 auf 8·62 % im Jahre 1936 zum Ausdruck; dabei ist nicht zu übersehen, daß diese Tendenz seit 1928 schwächer wird, denn damals betrug der Anteil 11·04 %. Die auf natürlichen Standortbedingungen basierende Eisen- und Metallindustrie sah den Ausfuhranteil ihrer Erzeugnisse stark unter den Konjunkturschwankungen beeinträchtigt. Von 15·94 % im Jahre 1923 sank der Ausfuhranteil der Eisen- und Metallwaren auf 13·70 % im Jahre 1925; ein noch weiterer Abstieg bis auf 11·56 % im Jahre 1928 wurde von Schwankungen bis 1930 abgelöst. Von da an setzte eine Zunahme des Anteiles bis auf 14·21 % im Jahre 1935 ein. Im darauffolgenden Jahre 1936 zeigte sich schon wieder eine abnehmende Tendenz. Das Auffallende an dieser Entwicklung ist, daß sie in der Konjunkturperiode vor 1929 nach abwärts gerichtet war.

FRANKREICH

Die gegenwärtige Wirtschaftslage in Frankreich ist das Ergebnis des Zusammenwirkens einer langen Reihe von Faktoren, von denen die wirtschaftspolitischen Eingriffe die bedeutendsten darstellen. Die Fülle der Maßnahmen, die während der Regierungszeit der Kabinette Blum und Chautemps ergriffen wurden, macht es unmöglich, dem folgenden Berichte über die einzelnen Sachgebiete eine wenn auch nur kurze Geschichte der französischen Wirtschaftspolitik voranzuschicken. Es sei nur daran erinnert, daß am 4. Juni 1936 die Volksfrontregierung die Staatsgeschäfte übernahm und ein größeres sozialpolitisches Programm durchzusetzen begann. Am 26. September 1936 wurde der Franken um 30 % abgewertet, nachdem zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich ein Abkommen über die Währungspolitik der drei Regierungen abgeschlossen worden war. Ende Juni 1937 trat die Regierung Blum zurück. An ihre Stelle trat das Kabinett Chautemps mit Bonnet als Finanzminister, der den Kampf gegen die Währungsnot am 1. Juli mit der Loslösung des Fran-

*) Es wurde bei den vorstehenden Interpretationen der Prozentanteile des Ausfuhrwertes wichtiger Waren an der gesamten Ein- bzw. Ausfuhr nicht übersehen, daß sich Änderungen dieser Prozentsätze auch rein rechenmäßig ergeben können, was im Wesen jeder Proportion liegt. Die Schlußfolgerungen, die gezogen wurden, ergaben sich aus der gleichzeitigen Beobachtung der den Prozentsätzen zugrunde liegenden absoluten Ziffern.

ken vom Golde begann und eine nochmalige Abwertung um weitere 16% vornahm.

Die Entwicklung der französischen Währungs-lage ist deutlich am Dollarkurse abzulesen. Dieser betrug bis 26. September 1936 15.2 Franken für 1 Dollar. Im Oktober, ein Monat später, stand er auf 21.5, d. i. um 41.44% höher. Im Frühjahr 1937 trat zusammen mit einer heftigen Teuerungswelle eine Abschwächung ein, die den Dollarkurs im März auf 21.7, im April auf 22.3 erhöhte. Dieser Kurs hielt sich noch innerhalb der im September 1936 beschlossenen Abwertungsgrenzen. Ende Juni sank der Franken gelegentlich der Schwierigkeiten der Regierung Blum noch weiter. Im Juli 1937 stand der Monatsdurchschnitt des Dollar auf 26.3, im August auf 26.7; am 25. September wurde mit 29.3 der höchste Stand erreicht; die letzte Meldung vom 2. Oktober war 29.2. Am 4. Oktober wirkte besonders der Pfundkurs, der die Grenze von 150 Franken überschritt, die man seinerzeit als die alleräußerste der Entwertung angesehen hatte, alarmierend. In jenen Tagen wurde auch bekannt, daß der Goldvorrat der Nationalbank für Stützungszwecke aus wehrwirtschaftlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehe, woraus vielfach die

Ansicht abgeleitet wurde, daß nur noch das Mittel der Devisenbewirtschaftung angewendet werden könne. Statt dessen wurde jedoch ein Bekenntnis zur Währungsfreiheit und zum Dreimächteabkommen abgelegt und die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung durch Rationalisierung und Abänderung der arbeitszeitlichen Bedingungen betont. Seit Mitte Oktober hat sich eine gewisse Stabilität auf dem Stande von rund 150 Franken für das Pfund Sterling eingestellt. Dieser Stand bedeutet gegenüber der alten Währung vom September 1936 eine Abwertung um rund 50%.

Das Schwinden des Goldbestandes der Bank von Frankreich nahm lange vor dem Antritt der Regierung Blum seinen Anfang. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Goldbestand seit 1933 von 81 auf 57 Milliarden Franken, also um 30% zusammengesmolzen. Bis zur Abwertung am 26. September nahm dann der Goldbestand um weitere 7 Milliarden ab. Die im Oktober verzeichnete Zunahme um 14.3 auf 64.4 Milliarden Franken ist eine Folge der Neubewertung. Von Oktober 1936 bis Juni 1937 verlor die Bank von Frankreich rund weitere 9 Milliarden Franken. Vom Juni bis September 1937 stieg der Goldbestand um 0.9 auf 55.8 Milliarden Fran-

Wirtschaftszahlen Frankreichs

	Geld- und Kapitalmarkt					Preise und Lebenskosten					Produktion ³⁾				Arbeitsmarkt	
	Dollarkurs (1 Dollar in fr. Frcs.) ¹⁾	Privatdiskont ²⁾	Notenumlauf ²⁾	Goldbestand ²⁾	Aktienindex ²⁾	Großhandelspreisindex ²⁾	Heimische Waren ²⁾	Einfuhrwaren ²⁾	Landwirtschaftl. Erzeugnisse u. Lebensmittel ²⁾	Lebenshaltungskosten ²⁾	Gesamtindex	Metallindustrie	Textilindustrie	Baugewerbe ⁴⁾	Anzahl der Beschäftigten ⁵⁾	Steifenstehende
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1929	25.5	3.5	65.1	37.4	507	627	635	602	579	556	139	157	92	123	—	10
1930	25.5	2.3	72.9	46.3	437	554	591	458	526	581	140	157	85	137	100.0	13
1931	25.5	1.6	79.7	59.4	308	502	527	344	542	569	124	136	71	125	92.5	73
1932	25.5	1.3	82.3	79.9	245	427	468	298	482	526	96	96	60	100	80.9	307
1933	20.6	1.9	83.1	80.7	232	398	434	306	420	520	107	108	74	91	79.4	307
1934	15.2	2.1	81.3	79.1	194	376	407	294	393	516	99	99	63	82	76.9	373
1935	15.2	3.5	82.2	74.2	186	338	374	299	327	483	94	96	65	68	73.5	464
1936	16.7	3.8	84.6	59.9	180	411	444	335	426	507	98	100	67	65	74.1	477
1936 I.	15.1	4.0	81.5	65.2	195	359	396	306	364	—	97	97	71	68	72.6	512
II.	15.0	3.6	81.2	65.8	202	372	414	309	391	486	99	99	71	70	72.6	531
III.	15.1	5.0	83.2	65.6	196	376	417	310	396	—	101	100	70	71	72.5	518
IV.	15.2	5.1	82.6	61.9	193	371	413	305	385	—	102	101	68	71	72.9	494
V.	15.2	6.0	84.7	57.0	169	374	421	299	392	497	102	102	67	70	73.2	476
VI.	15.2	4.0	85.1	54.0	154	378	415	296	394	—	98	101	60	66	73.8	460
VII.	15.1	3.1	85.9	54.9	138	391	434	306	405	—	98	100	58	65	75.8	467
VIII.	15.2	3.1	84.3	54.5	137	403	443	308	425	504	93	98	51	62	75.0	464
IX.	15.2	5.0	83.8	50.1	153	420	457	319	449	—	95	97	64	58	75.1	455
X.	21.5	1.9	87.2	64.4	195	471	486	391	487	—	98	98	69	57	75.2	454
XI.	21.5	2.1	86.7	64.4	209	492	504	418	500	540	99	102	74	57	75.0	452
XII.	21.4	2.1	89.3	60.4	221	519	527	450	522	—	100	105	75	58	75.4	449
1937 I.	21.4	4.0	87.7	57.4	267	538	540	464	532	—	101	110	71	63	75.0	461
II.	21.5	4.1	87.1	57.4	264	533	538	480	516	581	103	113	70	67	75.8	447
III.	21.7	4.1	85.7	57.4	261	550	554	507	528	—	104	116	69	67	76.1	425
IV.	22.3	4.1	87.1	57.4	225	552	558	487	522	—	103	118	69	64	76.8	404
V.	22.4	4.1	85.7	57.4	221	550	552	486	520	606	104	118	66	61	77.7	382
VI.	22.5	6.0	86.0	54.9	219	557	564	490	532	—	102	117	65	57	78.4	356
VII.	26.3	5.3	89.3	55.7	211	582	584	572	549	—	100	117	59	55	80.7	340
VIII.	26.7	4.0	88.3	55.7	218	603	604	599	572	—	91	110	45	53	79.7	333
IX.	28.4	3.6	91.4	55.8	210	629	631	565	612	—	—	—	—	—	80.6	332

Quelle: Bulletin de la Statistique générale de la France, Paris

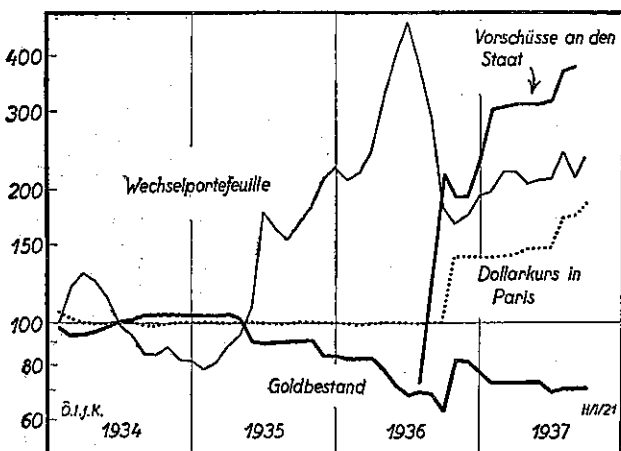
¹⁾ Monatsdurchschnitt. — ²⁾ Monatsende. — ³⁾ Mengenindex. — ⁴⁾ Saisonbereinigt. — ⁵⁾ Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten; entsprechender Monat des Jahres 1930 = 100

ken. Das Wechselportefeuille der Bank von Frankreich, das von August auf September 1937 von 12·40 auf 7·87 Milliarden Franken gesunken war, stieg bis Ende September 1937 wieder bis auf 10·06 Milliarden Franken. Die dem Staate gewährten Vorschüsse, deren Veröffentlichung das erstmalig im Juli 1936 erfolgte, stiegen seitdem von 4·70 auf 24·21 Milliarden Franken im August 1937, also rund um das Fünffache. Der inflationistische Charakter der Deckung der Staatsausgaben wird durch diese Zahlen deutlich erwiesen.

Die starken Kapitalabwanderungen trafen sehr empfindlich den Aktienmarkt. Im Jahre 1929 betrug der Index der Aktienkurse (1913 = 100) 507, im Jahre 1935 war er auf 186 gefallen. Der tiefste Stand im Jahre 1936 wurde im August mit 137 erreicht. Nach der ersten Abwertung setzte eine starke Hausse ein; der Aktienindex stieg von 137 auf 153 im September und auf 195 im Oktober. Das Tempo verlangsamte sich dann etwas, immerhin wurde aber bis Dezember der Stand von 221 erreicht, der 61 % über dem vom August lag. Das zu Beginn des Jahres 1937 verabschiedete Finanzgesetz mit seinen Angaben über die vorgesehenen öffentlichen Aufträge ließ die Aktienkurse sehr stark steigen: der Index betrug Ende Jänner 1937 267 oder rund 200 % des Standes vom August 1936. In den darauffolgenden zwei Monaten machten sich schon leichte Rückschläge bemerkbar, die im April von einer ausgesprochenen Baisse gefolgt waren. Der Index fiel bis auf 225 und die Pariser Börse hat sich auch bis Ende September nicht wieder erholt; der letzte verzeichnete Stand Ende September 1937 beträgt 210. Von der Hausse von September 1936 (August 1936 = 100) bis Jänner 1937 um 95 % sind demnach

Abb. 4. Status der Bank von Frankreich

(Logarithmischer Maßstab; Vorschüsse an den Staat: willkürlich gewählter Durchschnitt, die übrigen Reihen: 1934 = 100)



wiederum 42 % verloren gegangen. Im April überfiel die bekannte starke Unruhwelle die internationalen Finanzmärkte, die bis in die Gegenwart anhält.

Das Zentralproblem der französischen Wirtschaft liegt auf dem Gebiete der Produktion. Aus den Abb. 5 und 6 wird die Entwicklung der Erzeugung insgesamt und dreier wichtiger Industriezweige klar ersichtlich. Der Gesamtindex (1913 = 100, auf Erzeugungsmengen basierend) war im Sommer des Vorjahres infolge der großen Streiks stark zurückgegangen, der niedrigste Stand von 93 war im August 1936. Schon im Abwertungsmonat stieg er um 2 Punkte. Diese Tendenz verstärkte sich immer mehr bis April 1937. Damals war mit 105 der höchste Stand seit Anfang 1934 erreicht worden; er lag um 13 % über dem tiefsten Stand vor der Abwertung. Seitdem wird eine rückgängige Entwicklung beobachtet. Im August 1937 lag der Gesamtindex bei 91, also um zwei Punkte (2·2 %) unter dem Stand vom August 1936. Die von den beiden Abwertungen erhofften Wirkungen auf die Erzeugung hatten demnach nicht die erhoffte Dauer. Ein Vergleich der Produktionsindizes vom August 1936 und August 1937 ergibt folgende Rückgänge: bei der Textilindustrie von 51 auf 45 (12 %), bei den Extraktionsindustrien von 87 auf 74 (15 %), in der Bauwirtschaft von 62 auf 53 (15 %), bei der Kupfergewinnung von 108 auf 91 (16 %), in der Gummiindustrie von 949 auf 904 (5 %), bei der Papierindustrie von 165 auf 112 (32 %), in der Förderung von mineralischen Brennstoffen von 3·2 Millionen Tonnen auf 2·7 Millionen Tonnen (16 %). In den schwerindustriellen Zweigen ergaben sich dagegen im gleichen Zeitraum beträchtliche Steigerungen: in der Metallindustrie von 98 auf 110 (12 %), in der metallurgischen Industrie von 73 auf 91 (25 %), in der Gußeisenerzeugung von 465.000 Tonnen auf 649.000 Tonnen (40 %), in der Roheisenerzeugung von 460.000 auf 577.000 Tonnen (25 %), in der Eisenerzförderung von 2·4 auf 2·9 Millionen Tonnen (21 %).

Während in den meisten übrigen Ländern gerade die Produktion den letzten Konjunkturrückstand schon lange überschritten hat, liegt die französische Produktion, gemessen am Gesamtindex, im August 1937 um 49 Punkte oder 35 % unter dem Stand vom Jahre 1930, als der Index 140 betrug. Dieser Unterschied gegenüber der Weltkonjunktur charakterisiert die französische Krise in ihrer ganzen Schärfe. Auf die Ursachen dieser Entwicklung soll nicht näher eingegangen werden, es genügt der Hinweis auf die starken Produktionsausfälle

Außenhandel Frankreichs

Einfuhr

	in Mill. Fr.				in 1000 t			
	Gesamt	Lebensmittel	Industr. Rohstoffe	Fertigwaren	Gesamt	Lebensmittel	Industr. Rohstoffe	Fertigwaren
1934	1925	624	948	335	3810	495	3171	153
1935	1745	519	932	294	3718	457	3131	130
1936	2117	650	1148	319	3996	519	3337	140
1936 I.	2014	565	1158	291	3696	500	3040	156
II.	2151	647	1114	290	3856	571	3116	169
III.	1956	565	1085	306	3976	508	3306	162
IV.	2128	676	1118	334	4118	571	3369	178
V.	1969	614	1060	295	3997	532	3312	143
VI.	1831	557	1002	272	3742	447	3197	98
VII.	1860	543	1038	279	3718	448	3180	90
VIII.	1765	513	958	294	3886	402	3396	88
IX.	1862	627	919	316	4012	502	3401	109
X.	2247	763	1143	341	3997	593	3264	140
XI.	2707	847	1476	384	4244	584	3501	159
XII.	3013	880	1708	425	4738	566	3990	192
1937 I.	3319	886	1959	474	4753	553	3999	201
II.	3681	1001	2186	494	5359	628	4554	177
III.	3227	790	1898	539	4598	480	3910	208
IV.	3297	830	1986	481	4953	515	4215	223
V.	3051	759	1839	453	4551	412	3974	165
VI.	3707	845	2166	696	5160	452	4557	151
VII.	3200	776	1879	545	4573	380	4082	111
VIII.	3158	780	1861	517	4464	368	3994	102

Ausfuhr

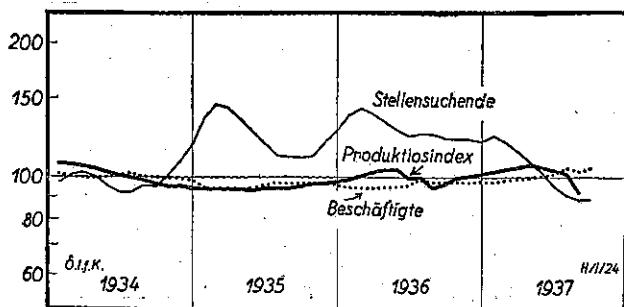
	in Mill. Fr.				in 1000 t			
	Gesamt	Lebensmittel	Industr. Rohstoffe	Fertigwaren	Gesamt	Lebensmittel	Industr. Rohstoffe	Fertigwaren
1934	1487	215	430	842	2370	121	1958	291
1935	1289	206	354	729	2443	152	2053	238
1936	1288	206	370	712	2413	107	2102	204
1936 I.	1203	191	331	681	2314	119	2001	194
II.	1229	177	366	686	2587	139	2259	189
III.	1245	182	362	701	2482	129	2158	195
IV.	1290	189	325	686	2390	112	2096	182
V.	1172	174	355	643	2516	86	2262	168
VI.	1155	174	296	685	2371	103	2065	203
VII.	1104	168	308	628	2099	92	1829	178
VIII.	1170	179	337	654	2367	90	2069	208
IX.	1190	184	358	648	2413	69	2105	239
X.	1460	260	398	802	2460	97	2120	243
XI.	1720	297	534	889	2571	125	2215	231
XII.	1637	294	504	839	2434	122	2095	217
1937 I.	1773	283	575	915	2403	93	2098	212
II.	1695	237	610	848	2386	84	2092	210
III.	1837	266	608	963	2265	84	1972	209
IV.	1973	277	735	961	2601	89	2257	255
V.	1759	255	622	882	2458	73	2166	219
VI.	1997	245	741	1011	2683	69	2389	225
VII.	1872	246	658	968	2564	67	2242	225
VIII.	1861	229	668	964	2482	70	2232	180

Quelle: Bulletin de la Statistique générale de la France, Paris.

infolge von Streiks und Kostenerhöhungen, die sich wiederum als eine Folge der sozialpolitischen Maßnahmen darstellen.

Abb. 5. Produktion und Beschäftigung Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; 1934 = 100)

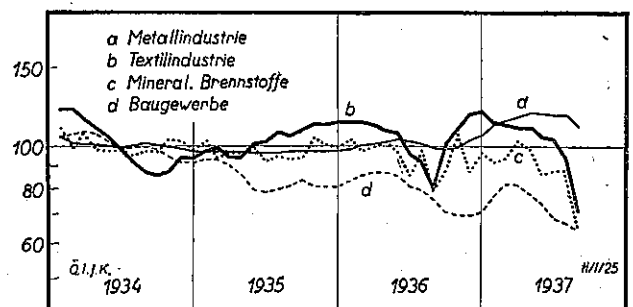


Der Arbeitsmarkt (vgl. Abb. 5) zeigt im September 1937 gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat eine Entlastung von 408.000 auf 305.000, also um 103.000 unterstützte Arbeitslose oder 25%. Die Anzahl der Beschäftigten (September 1930 = 100) stieg im gleichen Zeitraum von 75,1 auf 80,6, d. i. um 7,3%. Die Erklärung für den Widerspruch, der sich aus dem Steigen der Beschäftigtenanzahl und dem Rückgang der Produktion ergibt, ist in der Einführung der 40-Stunden-Woche zu suchen. Zur Herstellung sogar gesunkener Erzeugungsmengen wurde die Verwendung von mehr Arbeitern nötig. Ganz deutlich wird die nachteilige Diskrepanz zwischen Produktionsrückgängen und Zunahme der Beschäftigtenzahl seit Mai 1937. In diesem Monat begann das Sinken des Produktionsindex, während der Index der Beschäftigten seinen Anstieg in verstärktem Maße fortsetzte. Bis August fiel der Produktionsindex gegenüber April um 14 Punkte oder 13% und stieg jener der Beschäftigten um 2,9 Punkte oder 4%.

In einem Lande, das die Währung in den Dienst der Preispolitik stellt, nimmt die Entwicklung der Preise naturgemäß das größte Interesse in Anspruch. Ende September 1937 stand der Index der Großhandelspreise (1913 = 100) auf 629, um 209 Punkte oder 50% (völlig übereinstimmend mit dem Ausmaß der bisherigen faktischen Abwertung) höher als Ende September 1936. Nach der ersten Abwertung war der Index sprunghaft (von 403 auf 420) gestiegen; das Tempo der Verteuerung stieg noch mehr im Oktober, da der Großhandelspreisindex schon 68 Punkte oder 17% höher lag als im August vor der Abwertung. Seit März 1937 hat das Stürmische in der Preisentwicklung stark nachgelassen, die fortschreitende Verteuerung bewegt sich in Grenzen von wenigen Punkten je Monat. Erst im Juli 1937 setzte wieder ein schärferer Anstieg ein, und zwar von 557 auf 582. Dieses wiederum raschere Tempo setzte sich bis in den September

Abb. 6. Produktion Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; 1934 = 100)



1937 fort. Bei Beurteilung der französischen Preisentwicklung seit der Abwertung darf nicht übersehen werden, daß ihr eine beträchtliche Erhöhung des Index der Großhandelspreise bereits vorangegangen ist; seit dem tiefsten Jahresdurchschnitt in der Nachkriegszeit im Jahre 1935 in der Höhe von 338 bis zur Abwertung im September 1936 betrug die Verteuerung 19%. Bis Mai 1936 war die Entwicklung verursacht durch erhöhten Protektionismus und andauernde Kreditausweitung der Regierung Laval. In dieser Zeit sind besonders die Preise der landwirtschaftlichen Produkte — von 449 im September 1936 auf 612 im September 1937 — gestiegen. In den darauffolgenden Monaten wirkten hauptsächlich die während der Regierungszeit Blum durchgesetzten Lohnerhöhungen und sozialpolitischen Zugeständnisse verteuern. Ab Oktober 1936 kamen noch die von der Abwertung ausgehenden Kräfte hinzu, besonders aber die in immer größerem Ausmaße zur Einführung gelangende 40-Stunden-Woche. Die Wirkung der Abwertung auf die Preise zeigte sich besonders stark unmittelbar nach der Abwertung.

Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß trotz der Abwertung der vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes in Gold gerechnete Index der Großhandelspreise im März 1937 mit 61 um 13% höher liegt als der Jahresdurchschnitt 1935 in der Höhe von 54, dem Zeitpunkt des niedrigsten Standes. Kein geringes Interesse erregt der Vergleich der Entwicklung der Großhandelspreise für die heimischen Waren und jener für die Einfuhrwaren. Die Preise der Einfuhrwaren sind infolge der Abwertung bedeutend stärker gestiegen. Der Index der Einfuhrwaren (Juli 1914 = 100) stieg von 319 im September 1936 auf 595 im September 1937, also um 87%, der Index der heimischen Waren stieg in der gleichen Zeit von 457 auf 631, also um 38%.

Der Umstand, daß die Großhandelspreise in Gold gerechnet auch nach der Abwertung stiegen, ist ein Beweis dafür, daß die Erwartungen, die Abwertungen würden auch eine Angleichung der Preise an die des Weltmarktes herbeiführen, nicht in Erfüllung gegangen sind. Im Völkerbundbericht (Aperçu de la Situation Monétaire, 1936/1937) wurde ein Goldpreisvergleich angestellt; der Index für die Großhandelspreise (1929 = 100) steht in Frankreich im März 1937 auf 61, in den Vereinigten Staaten von Amerika auf 54, in Großbritannien auf 56. Die Entwicklung seither ist kaum zugunsten Frankreichs verlaufen.

Der repräsentativste Index der Kleinhandelspreise ist ein gewogener Index, der 34 wichtige Nah-

rungsmittel umfaßt und auf der Basis Juli 1914 = 100 gerechnet ist. Er betrug im September 1936 494 und stieg bis September 1937 auf 642, d. i. um 30%. Die Steigerung der Kleinhandelspreise ist also um rund 20% geringer als die der Großhandelspreise. Dementsprechend stiegen auch die Lebenshaltungskosten, und zwar von 504 im August 1936 auf 606 im Mai 1937, innerhalb der ersten neun Monate nach der Abwertung um 20%, um gleichviel, als die Kleinhandelspreise gestiegen waren. Dadurch ging ein Teil der Mitte 1936 mit Streiks erreichten Lohnerhöhungen kaufkraftmäßig wieder verloren.

Die Abb. 7 vermittelt ein aufschlußreiches Bild über die Wirkungen der Abwertung auf die Preise, sowohl in ihrer absoluten Höhe als auch in ihrem Verhältnis zueinander; es wird darin ganz deutlich das im großen und ganzen parallele Nebeneinanderlaufen der verschiedenen Preisgruppen bis zur Abwertung und das starke Auseinanderstreben nach der Abwertung zum Ausdruck gebracht. Da jede Preisgruppe mit den Einkommen einer bestimmten sozialen Schichte identifiziert werden kann, ergibt sich gleichzeitig ein Bild von den durch die Abwertung herbeigeführten Verschiebungen in den Einkommen der einzelnen Bevölkerungsschichten. Es ist nicht schwer zu ersehen, daß die Fixbesoldeten keine Vorteile aus der Abwertung ziehen konnten. Dadurch werden wieder die Voraussetzungen für die innerpolitische Konsolidierung beeinträchtigt.

Besondere Beachtung gebührt in jedem Abwertungslande der Entwicklung des Außenhandels, denn dieses Wirtschaftsgebiet wird von den Folgen der Abwertung am unmittelbarsten getroffen. Der gesamte Außenhandelsumsatz (Einfuhr und Ausfuhr zusammen) stieg wertmäßig von 2935 Millionen Franken im August 1936 auf 5019 Millionen Franken im August 1937, also um 71%. Die mengenmäßige Steigerung betrug 693.000 Tonnen oder 11%. Der Einfuhrwert stieg im gleichen Zeitraum von 1765 auf 3158 Millionen Franken, d. i. um 79%, der Ausfuhrwert von 1170 auf 1861 Millionen Franken, d. i. um 59%. Die Einfuhrmenge stieg von 3,886.000 auf 4,464.000 Tonnen, d. i. um 15%, die Ausfuhrmenge von 2,367.000 auf 2,482.000 Tonnen, d. i. um 5%. Die Differenz zwischen dem Steigen des Importwertes um 79% und der Importmenge um nur 15% veranschaulicht die Entwertung des Franken. Der mengenmäßige Mehrimport um 578.000 Tonnen betrifft die Rohstoffe (+ 598.000 Tonnen) und die Fertigwaren (+ 14.000 Tonnen), während die Einfuhr von Nahrungsmitteln von 402.000 auf 368.000 Tonnen ge-

fallen ist. Bis zum April dieses Jahres war diese Mehreinfuhr von Rohstoffen verständlich, weil sie der bis dahin andauernden Produktionsausdehnung entsprach; da sie sich aber darüber hinaus bis in den Sommer fortsetzte, kann geschlossen werden, daß es sich entweder um eine Wiederauffüllung entblößter Lager oder um eine Vorratseindeckung handelt.

Was die Exportseite betrifft, zeigt die Tatsache, daß der Ausfuhrwert um 59%, die Ausfuhrmenge um bloß 5% stieg, daß die Verbesserung der Exportlage allein auf die Preisanpassung nach der Abwertung zurückzuführen ist. Ein mengenmäßiger Mehrexport war nur bei den industriellen Rohstoffen festzustellen; ihre Ausfuhr stieg im August 1937 gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat um 8%; der mengenmäßige Export von Fertigwaren ging dagegen um 13% zurück. Bei den Lebensmitteln war dieser Rückgang noch viel ausgeprägter, er betrug 22%. Diesen mengenmäßigen Exportrückgängen (mit Ausnahme der Rohstoffe) stehen folgende wertmäßige Ausfuhrsteigerungen bei den drei Hauptwarengruppen gegenüber: Lebensmittel 28%, Fertigwaren 47%, industrielle Rohstoffe 98% (mengenmäßig um 8%).

Aus der Abb. 8 ist deutlich zu ersehen, daß seit der Abwertung die bis dahin beobachtete Paralleltät zwischen Einfuhr- und Ausfuhrentwicklung verlorenging und die beiden Kurven auseinanderlaufen. Bei den Außenhandelswerten war dies sicher zu erwarten; welche strukturändernde Wirkungen von der Abwertung ausgelöst wurden, wird aber erst durch den Verlauf der Mengenkurven zum Ausdruck gebracht. Der Raum zwischen der Einfuhr- und Ausfuhrwertkurve veranschaulicht das Wachsen des Einfuhrüberschusses; er stieg von 595 Millionen Franken im August 1936 auf 1297 Millionen Franken im August 1937, hat sich also in diesem Zeitraum verdoppelt. Die Abwertung ließ zumindest

ein Sinken des Einfuhrüberschusses erwarten, wozu es aber wegen der erwähnten Preis- und Kostensteigerung nicht kommen konnte, die die Einfuhr förderte und die Ausfuhr erschwerte.

Eine kurze Zusammenfassung der an Hand der Statistiken gemachten Beobachtungen vermittelt folgendes Bild von der Lage der französischen Wirtschaft. Im ersten halben Jahre nach der Abwertung des Franken ist eine Belebung der Produktion und eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Der Höhepunkt des industriellen Aufstieges war im April. Von Mai bis August war der Rückgang so stark, daß der Stand vor der Abwertung unterschritten wurde. Auf dem Arbeitsmarkte hielt die Entlastung infolge der zunehmenden Einführung der 40-Stunden-Woche bis in die jüngste Gegenwart an.

Das Andauern der von der Abwertung ausgelösten Konjunktur nur bis zum Frühjahr 1937 erhellt auch aus repräsentativen Staatseinnahmeneziffern. So lagen z. B. die Einnahmen an Warenumsatzsteuer Jänner bis März 1937 über den entsprechenden Vorjahrsziffern. Im April und Mai hatten sie sie schon um 25% und 6% unterschritten. Erst im Juni überstiegen sie den Vorjahrsstand wieder um 18%. Die gesamten Einnahmen an indirekten Steuern betragen in den ersten sechs Monaten d. J. 16,3 Milliarden Franken, gegenüber 15,0 Milliarden Franken zur gleichen Zeit des Vorjahres, waren also um 8% höher. Die Einkommensteuer, deren Eingänge entsprechend ihrer jährlichen Einbekennung im nachhinein hinter der allgemeinen Entwicklung nachhinken, warf ebenfalls erst ab Mai höhere Erträge ab als im Vorjahre. Bis dahin lagen sie beträchtlich unter den Vorjahrsziffern. Insgesamt wurden an Einkommensteuer in den ersten sechs Monaten 1937 1,4 gegen 1,2 Milliarden Franken im ersten halben Jahre 1936 eingenommen, das sind 17% mehr. Die offiziellen Ziffern

Abb. 7. Großhandelspreise und Lebenskosten Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; 1934 = 100)

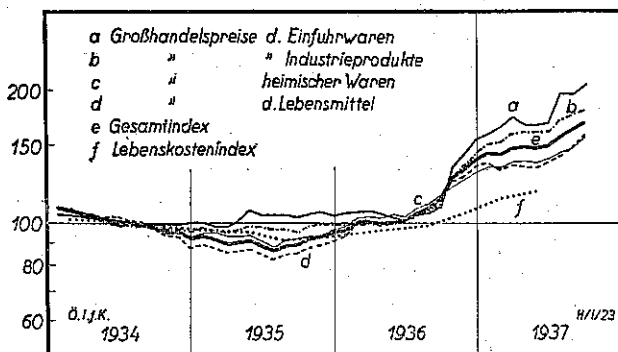
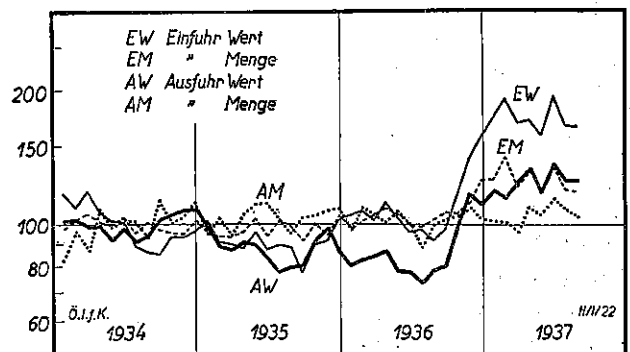


Abb. 8. Außenhandel Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; 1934 = 100)



liegen nur bis Juni 1937 vor; aus der verhältnismäßig günstigen Entwicklung von Mai bis Juni kann über die herrschende Tendenz noch nichts ausgesagt werden.

Die sofort nach der Abwertung einsetzende Hausse auf dem Aktienmarkte hat sich im April in ihr Gegenteil umgekehrt. Der Export hat sich weniger günstig entwickelt, als von der Abwertung erhofft worden war. Die mengenmäßige Steigerung betrug im August 1937 gegenüber August 1936 nur 5%. Die wertmäßige Steigerung um 59% ist eine Folge der allgemeinen Steigerung der französischen Preise. In der Preisentwicklung ist die Ursache dafür zu suchen, daß die Abwertung, zu deren Ergänzung eine Niedrighaltung der Erzeugungskosten unerlässlich gewesen wäre, infolge der verschiedenen wirtschaftspolitischen Eingriffe nicht die Ergebnisse gezeitigt hat, die in anderen Abwertungs-ländern eingetreten sind. Die gleichzeitig mit der Abwertung eingesetzte Preiskontrolle behob nicht die Ursachen der Kostenerhöhung und änderte vor allem nichts an den protektionistischen Einrichtungen, deren preiserstarrende Wirkungen daher andauerten und die mit der Abwertung bezweckte Lockerung des Preisgefüges behinderten. Das Ziel der mit der Abwertung eingeleiteten Wirtschaftspolitik war weiters eine Angleichung der französischen Preise an die der Weltmärkte. In Gold gerechnet stieg der französische Großhandelspreisindex (1929 = 100) von 47 im September vorigen Jahres auf 52 im September 1937. Frankreich sieht sich ein Jahr nach der Abwertung weiterhin vor der unverminderten Notwendigkeit, die bis heute unterbliebene Politik der Kostensenkung und Erleichterung des Außenhandelsverkehrs zu betreiben.

DIE KAPITALINVESTITIONEN DER EISENBAHNEN UND DER KONJUNKTURVERLAUF IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

In der nachstehenden Abhandlung soll versucht werden, die Bedeutung der Kapitalinvestitionen der Eisenbahnen für die Produktionsmittelindustrie in U. S. A. für eine längere Reihe von Jahren zu untersuchen. Die besonders große Kapitalintensität bei den Eisenbahnen bringt es mit sich, daß bei ihnen den Veränderungen des Zinsfußes für langfristige Kapitalanlagen eine viel höhere Bedeutung zukommt als etwa bei den weniger kapitalintensiven Betrieben in der Konsumgüterindustrie. Der verhältnismäßig große Anteil des Kapitals der gesamten Volkswirtschaft, der in den Eisenbahnen investiert

ist, hat daher zur Folge, daß Veränderungen in der Investitionstätigkeit der Eisenbahnen auch die mit dem Eisenbahnverkehr verbundenen Produktionszweige in starkem Maße beeinflussen. Damit soll jedoch keineswegs behauptet werden, daß ein derart enger Zusammenhang, wie er hier für den Zeitraum der Jahre 1901 bis 1936 beobachtet wurde, für immer bestehen muß. Infolge des technischen Fortschrittes ist vielfach der Automobilverkehr als Konkurrent der Eisenbahnen in Erscheinung getreten. Wenn die weitere Entwicklung zugunsten des Kraftwagenverkehrs verläuft, so würde selbstverständlich die Bedeutung der Kapitalinvestitionen im Verkehrswesen anders verteilt sein als dies bisher der Fall war.

Die Bedeutung der Produktionsmittelindustrien für den Konjunkturaufschwung ist in diesen Berichten bereits des öfteren deutlich betont worden. Hier soll es sich einmal darum handeln, an einem ganz speziellen Fall zu zeigen, wie sich die in einem wichtigen Bereich der Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten durchgeführten Investitionen, die sich im wesentlichen nach den Veränderungen des Zinsfußes richten, auf andere Industriezweige, z. B. auf die Waggonindustrie und auf die Lokomotivindustrie auswirken.

Der Bedarf der Eisenbahnen an Waggons und Lokomotiven hat seit dem Bestehen der Eisenbahnen verschiedene Formen angenommen. Zunächst trat er als Neubedarf für die Eisenbahnen und später, nach dem allmählichen Ausbau der Eisenbahnnetze in den Industriestaaten als Zusatzbedarf für den inzwischen intensiver gewordenen Eisenbahnverkehr auf, ferner als Ersatzinvestitionen für verbrauchtes Material (Geleise, Brücken, rollendes Material etc.) und schließlich als Neubedarf für Bahnen in den Agrarländern, die erst später ihr Eisenbahnnetz ausbauten. In den Jahren des Aufschwunges war die Beschäftigung in den Eisenbahnausrüstungsindustrien meist so groß, daß deren Produktion immer weiter ausgedehnt werden mußte, während noch vor dem Ende des Hochschwunges die Beschäftigung merklich nachließ, um dann während der Krise ihren Tiefstand zu erreichen.

Die große Bedeutung des Investitionsbedarfes der Eisenbahnen für die Industrie und die Konjunkturentwicklung hatte man bald erkannt und schon vor dem Kriege wurde in Deutschland von den Staatsbahnverwaltungen aus konjunkturpolitischen Gründen verlangt, daß sie ihren Investitionsbedarf während der Aufschwungsperiode tunlichst einschränken und für die Krisenjahre aufsparen. Durch diese Politik glaubte man damals die Kon-